

Der folgende Text entstand im Sommer 2022 als die Pandemie zwar abflaute, die Vergabe von Sondermitteln als Folge verschiedener Krisen aber noch auf ihrem Höhepunkt war. Das *NRW Landesbüro* verwaltete zu diesem Zeitpunkt fünf zusätzliche Programme.

AUS DEM INNENLEBEN EINES MULTIFUNK- TIONSSCHAR- NIERS

Die Geschäftsführerin des
NRW Landesbüros Freie Darstellende Künste
über Jürs und Verteilungsfragen

Ulrike Seybold

Ich musste um eine Fristverlängerung für die Abgabe dieses Textes bitten, da ich in den vergangenen Wochen noch viel mehr in das Sujet dieser Publikation – Mittelvergabe – eingebunden war als dies sowieso schon meinem Berufsalltag entspricht. Neben der sogenannten allgemeinen Projektförderung und dem Förderprogramm *Transkulturelle Impulse* vergibt das *NRW Landesbüro Freie Darstellende Künste* im Jahr 2022 Sonderprogramme zur Wiederaufnahme und zur Digitalen Sichtbarkeit. Knapp vier Millionen Euro Landesgeld laufen insgesamt über uns zu über 200 Projekten der Freien Darstellenden Künste in Nordrhein-Westfalen. Zusätzlich haben wir auch noch das Verfahren zur Spitzenförderung des Landes Nordrhein-Westfalen für das Ministerium für Kultur und Wissenschaft organisiert und die Vergabe der Konzeptionsförderung beratend begleitet. Da dies noch nicht genug des Guten war, habe ich mich im vergangenen halben Jahr zusätzlich zweimal bereit erklärt, sozusagen die Seiten zu wechseln

und Teil der Auswahljury des *Fonds Darstellende Künste* für die Prozessförderung im Rahmen von #TakeHeart¹ zu sein.

Das alles will nicht nur seinen Platz in den Arbeitsabläufen und Kalendern finden, sondern bringt natürlich immer wieder auch schwierige und auch schmerzhaftige Momente mit sich und viele Fragen danach, was eigentlich „richtig“ und „gerecht“ ist. Fragen, auf die ich auch nicht immer eine abschließende Antwort finde.

Wie wahrscheinlich bereits zu erkennen war, sind die Vergabeprozesse an denen ich beteiligt bin, solche, die mittlerweile weitestgehend als „State of the Art“ der zeitgenössischen Verteilung öffentlicher Kulturmittel gelten: Mit Anträgen, einer Abgabefrist und einer berufenen Jury, die in einem zweistufigen Verfahren darüber berät, welche Projekte gefördert werden können und welche abgelehnt werden müssen. Ich stecke eher ohren- als knietief in dieser Materie und aus dieser Perspektive möchte ich ein wenig berichten. Da ich bereits die Texte der Vorpublikation von *Solidarische Mittelvergabe* kenne, werde ich auch nicht umhinkommen, implizit oder explizit auf die eine oder andere Haltung zu den Verfahren, die sich aus den Texten der anderen Autor*innen ergeben, zu reagieren.

Wenn ich auch klar als Geschäftsführerin des *NRW Landesbüros Freie Darstellende Künste* schreibe, so erlaube ich mir hier doch einen persönlichen Blickwinkel und blicke aus diesem ein wenig zurück in meiner eigenen Berufsbiographie. Bevor ich im Januar 2020 nach Nordrhein-Westfalen gewechselt bin, war ich sechs Jahre Teil des Geschäftsführerinnen-Teams des *Landesverbands Freier Theater in Niedersachsen*. Der Landesverband dort hatte sich dezidiert gegen die Übernahme von Fördertätigkeiten entschieden. Während meiner Zeit dort gab es zwar erste Schritte mit einem kleinen Investitionsprogramm – aber primär waren wir Interessenvertretung und Dienstleister für die Szene. Um hier einen kleinen Exkurs zu machen, bei der Frage, ob es sinnvoll ist, Förderaufgaben zu übernehmen oder nicht, scheiden sich nicht nur die Geister innerhalb der 16 Landesverbände der Freien Darstellenden Künste stark, sondern auch Kulturfachverbände anderer Sparten führen diesen Diskurs mit unterschiedlichen Antworten. Die Pros und Contras verlaufen immer entlang der gleichen Linie: Möglichkeit zur Mitgestaltung versus Sorge vor Abhängigkeiten und Neutralitätsverlust.

1 #TakeHeart ist ein Förderprogramm des von der Bundesrepublik Deutschland 2020 aufgesetzten Rettungs- und Zukunftspakets *Neustart Kultur* zur Abmilderung der Auswirkungen auf den Kulturbereich durch die Covid-19-Pandemie.

Ich muss im Nachhinein sagen, dass ich etwas unterschätzt hatte, wie sehr sich dieser Unterschied auf den Alltag auswirkt. Hatte ich zu Beginn noch gesagt: „Ich mache jetzt den gleichen Job in Nordrhein-Westfalen“, sage ich mittlerweile nur noch: „Ich mache etwas irgendwie Ähnliches wie damals in Niedersachsen.“

Denn tatsächlich ist es erst einmal einfacher, klar „auf einer Seite“ zu stehen und nur Beraterin zu sein, wenn ein Projekt abgelehnt wurde oder andere Probleme mit Förderern auftauchen, und nicht – irgendwie zumindest – mitverantwortlich für die Entscheidungssysteme zu sein. Man kann versuchen, dies persönlich auszufüllen, wie man will, die Rolle ist tatsächlich eine andere – und daran habe ich mich anfangs das eine oder andere Mal ordentlich gerieben. Trotzdem habe ich die Aufgabe natürlich sehr bewusst gesucht und gewählt, da ich schon bei meiner Bewerbung daran geglaubt habe, dass im Fördern Chancen und Gestaltungsmöglichkeiten liegen, die es Wert sind, den einen oder anderen Spagat auszuhalten bzw. ihn in einen konstruktiven Dialog umzuwandeln. Und daran glaube ich bis heute.

Das Landesbüro ist eine Interessenvertretung, die als einen Teil ihrer Aufgaben im Landesauftrag Fördergelder vergibt – und nicht eine Förderinstitution, die nebenbei auch noch ein bisschen Rahmenprogramm anbietet. Uns Mittelvergabe anzuvertrauen, war die politische Entscheidung, die Förderung in die Selbstverwaltung von Künstler*innen zu geben. Wir sind ein Verband von und für Künstler*innen und Häuser der Freien Szene – jede*r, der professionell in den Freien Darstellenden Künsten in Nordrhein-Westfalen arbeitet, kann bei uns Mitglied werden, kann mitreden, Themen auf die Agenda setzen, für den Vorstand kandidieren etc. und dadurch auch Förderprozesse mitgestalten. Wir sind kein Closed Shop und sollten wir flächendeckend anders wahrgenommen werden, dann machen wir tatsächlich etwas falsch, dann müssen wir unser Handeln und unsere Kommunikation überdenken.

Natürlich liegt ein unauflösbares Paradox darin, auf der einen Seite dafür zu kämpfen, dass der Kuchen so groß wie möglich wird, und auf der anderen Seite an der Verteilung der Stücke beteiligt zu sein, im sicheren Wissen, dass sie nicht für alle reichen werden; oder anders ausgedrückt, Menschen kulturpolitisch zu solidarisieren, um sie auf der anderen Seite gegeneinander um die gleichen Fördermittel antreten zu lassen. Ich freue mich über jeden Diskurs darüber, wie es anders gehen kann, über Utopien und großes Denken – und fühle mich zugleich erst einmal verpflichtet, die Prozesse, die wir unmittelbar gestalten können,

so transparent und so offen für Verbesserungsschritte anzugehen, wie irgend möglich.

Selbstverständlich sind wir bei der Vergabe öffentlicher Mittel an zuwendungsrechtliche und andere bürokratische Vorgaben gebunden. Manche dieser Regeln finde ich persönlich sinnvoll, andere würde ich lieber gestern als morgen abschaffen oder transformieren und wieder andere sind, z. B. durch die Kulturförderrichtlinie des Landes Nordrhein-Westfalen von 2021, aus meiner Sicht durchaus im Sinne der Künstler*innen schon verbessert worden. Das alles ist zwar manchmal zäh, aber nicht unbewegbar. Man kann Dinge aushandeln und für Dinge streiten und meiner Erfahrung nach hat man als Förderpartner tatsächlich die größeren Chancen, dabei ernst genommen zu werden.

Durch die Fördertätigkeit sind wir enger verwoben mit der Landesverwaltung als wir es ohne wären und tatsächlich ist die Doppelrolle, die wir hier als Landesbüro einnehmen, nicht immer einfach – vermutlich für alle Beteiligten. Manchmal sind wir in diesem Feld auch ordentlich Puffer für widerstreitende Vorstellungen, in den meisten Fällen begreife ich uns aber eher als ein Multifunktionsscharnier, das Akteur*innenfelder miteinander verbindet, ohne ihnen ihre Eigenbewegung nehmen zu wollen.

Gerade unsere Jurysitzungen empfinde ich oft als einen Ort des voneinander Lernens und des sich danach besser verstehen Könnens. Ich habe es nicht nur einmal erlebt, dass künstlerische Fachjury und Verwaltung sich gegenseitig für die Perspektiverweiterung beieinander bedankt haben. Wir haben hier in Nordrhein-Westfalen im Vergleich tatsächlich ein eher künstler*innenlastiges Jurysystem: Von den sechs stimmberechtigten Mitgliedern kommen fünf aus der Szene selber, die sechste Stimme kommt aus dem Ministerium. Die Bezirksregierungen sind beratend dabei, das Landesbüro hat, sehr bewusst gewählt, keine Stimme. Das Prinzip des „über sich selbst Richtens“ von Künstler*innen – wie in anderen Beiträgen dieses Buches gefordert – ist also zumindest teil-etabliert; wenn auch in einer repräsentativen und keiner basisdemokratischen Form. Um hier dann doch einmal direkt auf Mitautor*innen zu reagieren: Wie die bis zu 200 Antragsteller*innen einer Antragsrunde bei uns gemeinschaftlich eine Entscheidung aushandeln, die von allen akzeptiert wird, oder überhaupt erst einmal halbwegs qualifiziert Wissen voneinander erlangen, ich muss zugeben, dazu fehlt mir tatsächlich die ganz praktische Phantasie.

Was nicht heißt, dass ich den Diskurs darüber falsch finde oder abwürgen möchte. Ganz im Gegenteil, ich finde es extrem spannend als

Experimentierfeld, als etwas, das ich mir ergänzend in kleineren Zusammenhängen, selbstverwalteten Häusern etc. sehr gut und fruchtbar vorstelle, bzw. auch kenne. Ebenso wie ich den solidarischen „Feuerwehrtopf-Gedanken“ des Wuppertaler *EinTopfs* großartig finde. Momentan reicht meine Vorstellungskraft jedoch nur zu einem Additivum – und kritischem Korrektiv – zur öffentlichen Förderung, von dem es gerne mehr geben darf. Ich bin gespannt auf den weiteren Diskurs dazu.

Was meinen Kopf aber gerade tatsächlich bewegt ist die Frage, ob eine Jury durch Wahl besetzt werden sollte – also ob eine Gruppe von Antragsteller*innen eine Gemeinschaft sein sollte, die gemeinschaftlich darüber entscheidet, wer in der jeweiligen Jury sitzt. Oder ob es genug der Demokratie ist, dass ein gewählter Vorstand eine Geschäftsstelle bestellt und begleitet, die dann wiederum die Juries nach bestem Wissen und Willen – in unserem Fall in Absprache mit dem *nrw landesbuero tanz* und im Austausch mit dem *Ministerium für Kultur und Wissenschaft* in Nordrhein-Westfalen – zusammenstellt.

Ich gebe zu, dass bei mir hier sofort auch eine pragmatische Sorge anspringt, neben allem anderen, das im Rahmen so einer Entscheidungsrunde zu organisieren ist, noch „Jurywahlen“ abhalten zu müssen. Aber viel mehr stellt sich mir die Frage, ob eine direkt gewählte Jury, tatsächlich eine bessere eine „gerechtere“ Jury wäre? Ob dadurch sichergestellt wäre, dass sie möglichst multiperspektivisch und divers aufgestellt ist und auch Minderheitenpositionen vertreten sein können? Denn das ist unser Anspruch an unsere Juries – auch wenn die reale Besetzung dieser Idee durch konkrete Personen manchmal der Quadratur des Kreises gleicht.

Mit dieser Frage werde ich noch ein wenig schwanger gehen bzw. gerne auch darüber diskutieren – was ich bereits jetzt sagen kann ist, dass unsere Jurysitzungen keine hermetisch abgeriegelten Räume sind, in denen Willkür herrscht. Man kann mit uns nicht nur darüber sprechen, wenn man unsere Juryzusammensetzungen grundsätzlich falsch findet, sondern uns auch jederzeit Vorschläge einreichen, wer einmal in einer Jury sitzen sollte oder sich selbst vorschlagen. Natürlich können wir nicht versprechen, dass dies dann sofort umgesetzt werden kann. Die Gesamtzusammensetzung der Gruppe muss stimmig sein und wir müssen in jedem Fall eine breite Landes- und Szenekenntnis sicherstellen. Aber wir brauchen ziemlich viele und ziemlich häufig Jurymitglieder. Wir setzen auf ein stark fluktuierendes System und haben zudem immer für unsere Sommer-Entscheidungsrunde eine komplett andere Jury als für die Winterrunde. Eben genau damit sich keine geschlossenen Zirkel und

manifestierten Machtpositionen einstellen. In der Realität telefonieren sich die Kolleg*innen manchmal eher die Finger wund nach Personen, die bereit sind, dieses verantwortungsvolle und arbeitsintensive Ehrenamt zu übernehmen, als dass wir überlaufen werden von Interessent*innen.

Man muss sich nichts vormachen, eine Juryentscheidung ist nie eine bis ins letzte Detail objektivierbare und völlig „gerechte“ Sache, es gibt nicht das eine sauber kalibrierte Messinstrument, das feststellt: „Dieser Antrag ist 80 cm groß und wird deshalb gefördert, dieser misst leider nur 79,9 cm und ist deshalb raus“. Das bedeutet aber nicht, dass gewürfelt wird und die Entscheidungen willkürlich sind. Zum einen gibt es Fördergrundsätze und -kriterien, die den Diskursrahmen festlegen, zum anderen die möglichst kompetenten und breit aufgestellten Jurymitglieder, die in langen Sitzungen um die bestmögliche Entscheidung ringen. Ich erlebe in diesen Runden stets eine große Ernsthaftigkeit, Respekt und Wertschätzung allen Antragsteller*innen gegenüber. Die Entscheidungen werden sich alles andere als leicht gemacht.

Davon kann man sich, wenn der Projektantrag abgelehnt wurde, trotzdem im wahrsten Wortsinne nichts kaufen. Bei unserer allgemeinen Projektförderung müssen wir meist rund zwei Drittel der Anträge ablehnen. Das ist sogar vergleichsweise noch eine ganz gute Förderquote, aber es ändert nichts daran, dass wir doppelt so viele Menschen enttäuschen (und vor existenzielle Fragen stellen!) müssen, wie wir fördern können. Auch uns machen Zusagen viel mehr Freude als Absagen. Trotzdem versuchen wir, auch hier so unterstützend wie möglich mit der Situation umzugehen und die Antragsteller*innen zumindest nicht alleine im Regen stehen zu lassen. Leider ist es organisatorisch nicht möglich, dass die Jury jede*r abgelehnten Antragsteller*in eine abgestimmte Rückmeldung gibt – so wie ich es aus manchen kleineren Verfahren durchaus kenne.

Und natürlich ist eine gewisse Vertraulichkeit auch die Grundlage für eine offene Diskussion. Ein hilfreicher und vertrauensstiftender Zwischenschritt ist aus meiner Sicht ein Jurykommentar, wie es ihn beispielsweise in Hamburg oder Berlin gibt. Der Jurykommentar ist eine Art offener Brief des Gremiums, der rückblickend beschreibt, wie die Fördersituation der aktuellen Förderperiode ist und wie die Bedingungen der Entscheidungssituation waren. Hier wird auch das Verhältnis von zur Verfügung stehenden Mitteln zu Projekten deutlich, die aus Sicht der Jury förderungswürdig gewesen wären, sodass der Jurykommentar wichtige Hinweise auf die tatsächliche Bedarfssituation gibt.

Die Einführung eines solchen Kommentars war in Nordrhein-Westfalen bislang aus verschiedenen Gründen noch nicht möglich. Ich werde es aber weiter anvisieren.

Was wir als Landesbüro anbieten können, ist ein allgemeines Feedbackgespräch durch uns – ein Versuch, der Absage zumindest ein Gesicht und eine Stimme zu geben und vor allem für zukünftige Anträge zu beraten. Zusätzlich beratschlagen wir momentan, ob es eine Möglichkeit gibt, den Moment der Absage noch weiter aus der Vereinzelung herauszubekommen, klar zu machen, dass es nicht heißt, dass man schlecht ist, sondern nur, dass ein Antrag nicht geklappt hat und dies auch anderen teilweise etablierten und renommierten Künstler*innen so ergehen musste, einfach weil das Geld nicht reicht. Wir sind dankbar für Formatideen und Vorschläge, wie wir Projektablehnungen so unterstützend wie möglich gestalten können.

Insgesamt begreifen wir uns als ein lernendes System mit ständigen Feedback-schleifen und Nachjustierungen. Deshalb haben wir z. B. auch digitale Vor- und Nachbesprechungen mit allen Jurys eingeführt, zum einen um unser System zu verbessern und zum anderen, um die Jury bestmöglich mit Wissen und Tools auszustatten. Eine Fachjury muss, um gemeinsam produktiv und konstruktiv streiten zu können, ein gemeinsames Verständnis vom Ziel und Zweck des Förderprogramms und der Fördersystematik haben.

Ich möchte noch ein paar Worte zu einem weiteren Dilemma verlieren, das allen Vergabeprozessen inhärent ist: In einem Antrag kann die Kunst nie selber sichtbar werden, sondern muss durch Beschreibung vermittelt werden, und gerade das Prozesshafte, Experimentelle, das die Freien Darstellenden Künste ausmacht, ist oft schwer in Worte zu fassen. Jedoch ist genau diese handwerkliche Fähigkeit, die des Antragschreibens, ein essenzieller Teil dessen, was Professionalität innerhalb der bestehenden Strukturen ausmacht. Der/die Künstler*in muss in der Lage sein – oder jemanden damit beauftragen – eine Idee so zu beschreiben, dass sie für das Entscheidungsgremium fassbar und bewertbar wird. Ich rate deshalb dazu, die Sache nicht zu verteufeln, sondern eben ganz pragmatisch als einen Teil, wenn vielleicht auch nicht den am meisten geliebten, des Jobs zu verstehen. Wir als Landesbüro helfen dabei, so gut es geht: Mit Beratung, Seminaren, einem ausführlichen Leitfaden und in jüngerer Zeit mit einer Schreibwerkstatt, die diesen Prozess kollektivieren möchte und dabei helfen soll, Ängste und Hemmungen abzubauen.

Im Gegenzug sollte die Förderung besser darauf ausgerichtet werden, dass Konzepte zu erarbeiten und Anträge zu schreiben, integraler Bestandteil einer Projektförderung sind und dieses auch finanziell abgebildet werden kann, bzw. die Honorare hoch genug sind, dass diese nicht förderfähigen Phasen trotzdem gesamtkalkulatorisch finanzierbar sind. Und natürlich sollte Kunst insgesamt besser bezahlt sein, Förderzeiträume sollten länger sein, Förderarchitekturen sollten biographische Brüche und andere Fälle des Lebens mitdenken und, und, und... Es gibt viel zu tun, das nicht Teil dieses Textes sein soll, aber trotzdem kurz Erwähnung finden muss.

Aber noch einmal zurück zu den Anträgen. Aufseiten der Jurys liegt dann die Fachkompetenz im Decodieren von Anträgen und in der Abstraktion, welche Art von Kunst aus den Anträgen entstehen kann. Auch das ist ein Handwerk, das im besten Fall in der Auseinandersetzung der Jurymitglieder miteinander wächst. Antragstexte sind eine sehr spezielle Textform, sie sind immer ein wenig Behauptung und Vision, im besten Falle sind sie aber keine reinen Werbetexte oder Aneinanderreihungen von Buzz-Words, sondern durchdachte Konzepte, die eine Idee in Richtung Umsetzbarkeit schubsen und damit ein erster Plan für die eigene Arbeit sein können.

Um der reinen und oft ungeliebten Schriftform eine persönliche Begegnung zur Seite zu stellen und das Entscheidungsgremium weniger abstrakt zu machen, gibt es bei einigen Förderern Experimente mit Pitches und Jurysprechstunden.

Momentan gibt es bei uns nur die Möglichkeit, zusätzlich zum Antrag noch ein kurzes Video einzureichen. Andere gehen weiter: Zum Beispiel lädt die Stadt Hannover seit 2016 alle Antragsteller*innen zusätzlich zum normalen Antragsverfahren zu einem Gespräch ein, bei dem die Künstler*innen ihr Projekt noch einmal persönlich vorstellen und Fragen beantworten. Die Vorteile liegen im persönlichen Treffen und in der Möglichkeit, nachzufragen und so ggf. Missverständnisse auszuräumen. Die Nachteile liegen im zusätzlichen Zeitaufwand für Künstler*innen und Jurymitglieder. Außerdem sagt die Fähigkeit, eine Idee mündlich hervorragend zu präsentieren, auch nicht unbedingt mehr über die spätere Qualität der Kunstproduktion aus, als ein schriftlicher Antrag. Aus den Erfahrungen der Stadt Hannover lässt sich jedoch ableiten, dass es für Entscheidungsprozesse, bei denen die Zahl der Antragsteller*innen begrenzt ist, gewinnbringend sein kann, dieses Experiment zu wagen. Wir haben zuletzt im Rahmen von Auswertungsgesprächen zur Spitzenförderung darüber nachgedacht, ob es nicht sinnvoll sein könnte,

zumindest bei den großen und überjährigen Förderungen, einen direkteren Kontakt herzustellen und Jury sowie Antragsteller*innen einmal im Gespräch aufeinander treffen zu lassen und so diese gefühlte „Black-box-Jury“ – zumindest noch ein bisschen weiter – zu öffnen.

Denn das ist es, was wir immer wieder tun können: Wissen teilen, beraten und den Blick auf Prozesse öffnen. Und Wissen ist auch eine Ressource und zwar eine, die im Gegensatz zu Geld tatsächlich mehr wird, wenn man sie teilt. Darin steckt zwar nicht die Auflösung aller Dilemmata, aber vielleicht ein kleiner Beitrag zu einer sich, trotz aller Widersprüche, weiter solidarisierenden Künstler*innenschaft.